

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telefax: 066 848 ppbn d  
Telefax: 21 08 04

## Inhalt

Cornelle Sonntag MdB  
zu den ersten hundert  
Tagen Björn Engholms  
als SPD-Vorsitzender:  
Gelungener Auftakt  
ohne Schonfrist.

Seite 1

Dr. Peter Paul Gantzer  
MdL zur Quälerei der  
Dickhäuter in Zirkusa-  
renen: Kattenfreiheit für  
Elefanten.

Seite 3

### Dokumentation

Eine kritische Zwi-  
schenbilanz der Arbei-  
terwohlfahrt zum Ge-  
sundheitsreformgesetz.

Seite 4

46. Jahrgang / 170

5. September 1991

### Gelungener Auftakt ohne Schonfrist

**Zu den ersten hundert Tagen Björn Engholms als SPD-Vorsitzender**

**Von Cornelle Sonntag MdB**

Es ist soweit: Björn Engholm hat seine ersten 100 Tage als Parteivorsitzender der SPD hinter sich. Die "100 Tage" - ein willkürliches, aber flott klingendes Zeit-Limit für jene Einstiegsphase, in der man Neulinge wohlwollend-abwartend beobachtet. Oft liefern Regierungschefs ungefragt erste Bestandsaufnahmen ihres personalpolitischen und programmatischen Tuns. In einem Verwaltungsapparat ist das etwas Selbstverständliches. Schließlich wird irgendwann mal kritisch nachgehakt, wie weit die Umsetzung von Wahlversprechen und Koalitionsvereinbarungen gediehen ist.

Bei einem Parteivorsitzenden ist das ein bißchen anders. Der wird in der Öffentlichkeit, aber auch innerhalb der Partei mit anderen, fast ausschließlich politischen Maßstäben gemessen. Auch an machtpolitischen - nach dem simplen Motto: wie hält er den Laden zusammen? Wen weist er in die Schranken? Wie greift er den politischen Gegner an?

Für Björn Engholm hat es praktisch keine Schonfrist gegeben - in zweierlei Hinsicht. Zu einen haben er selbst und seine Mitstreiter und Mitstreiterinnen kräftig geackert, auch in der Urlaubszeit. Zum anderen hat die Presse sich kaum um die Schonfrist gekümmert. Dazu ist die Zeit des politischen "Sommerlochs" zu verführerisch, und schließlich kann man ja nicht immer nur das Augenmerk auf die desolote Lage der CDU richten. Also gab es schon sehr früh ein paar Zeitungsberichte über angebliche Unzufriedenheit mit der neuen Führung in der Parteizentrale, wachsende Ungeduld angesichts erwarteter Reformen, Gegrummel. Manches brodelte in der Gerüchteküche, vieles war frei erfunden.

Und die Wirklichkeit?

Geleistet wurde beharrliche Aufbauarbeit. Nicht sehr spektakulär, dafür sehr wirkungsvoll. Drei Beispiele mögen als Beschreibung dienen:

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Vertriebspartner: Umwank  
auf veredeltes Rohstoffes  
Recycling-Papier



- Björn Engholms Besuche in den neuen Bundesländern. Vier Reisen hat er absolviert: nach Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen und Brandenburg. Programme, gut gefüllt mit Gesprächen, Besichtigungen, Diskussionen, Sommerfesten. Die zentrale Botschaft der Sozialdemokraten: nur eine aktive Industriepolitik kann die Auftriebskräfte in den östlichen Bundesländern stärken. Zum Erhalt der sanierungsfähigen Kernbereiche gibt es keine Alternative. Wer die traditionsreichen Produktionsstätten völlig aufgibt, läßt es zu, daß die gesamte Infrastruktur einer Region zusammenbricht, Kaufkraft schwindet, Forschung und Entwicklung kein Betätigungsfeld mehr hat, die Menschen ohne berufliche Perspektiven bleiben.
- Die Umorganisation der Parteizentrale unter Karlheinz Blessings Federführung. Zugegeben - manchen hat das Warten auf die Reformvorschläge zu lange gedauert. Und es wird auch jetzt noch interne Diskussionen geben. Aber deutlich wurde: die Arbeit soll straffer, bürgerlicher, in den einzelnen Abteilungen inhaltlich logischer zugeordnet ablaufen. Die neuen Projektgruppen und neu zugeschnittenen Kommissionen geben das Signal: die SPD plant nicht mehr für ein Jahrzehnt im voraus Politik isoliert - sondern sie verzahnt Sozial- und Wirtschaftspolitik, Ökologie und Technik. Und sie liefert den Beweis dafür, daß die Probleme Ostdeutschlands in allen Bereichen voll mit einbezogen werden. "Solange wir noch an Sprache und Gebaren merken, ob wir es mit Osis oder Wessis zu tun haben, liegt noch eine lange Wegstrecke vor uns", sagt Engholm. Der Kampf der SPD für die soziale Einheit ist zugleich ein Kampf gegen die wachsende Mauer in Köpfen und Herzen.
- Die Befriedung der finanzpolitischen Debatte innerhalb Partei, SPD-geführten Ländern und Fraktion. Nach mancher Aufregung über das Für und Wider einer Mehrwertsteuererhöhung hat es Engholm zügig geschafft, mit Hilfe der von Nordrhein-Westfalens Finanzminister Heinz Schließer geleiteten Kommission die Wogen zu glätten. Das Präsidium jedenfalls hat in großer Ruhe und Gelassenheit, sehr gründlich und konstruktiv darüber geredet, schließlich die Vorschläge gebilligt und damit die Marschroute für die Position der Sozialdemokraten in Bundestag und Parlament und Länderkammer abgesteckt.

Drei Belege für Führungskraft und Gestaltungswillen, die sich sehen lassen können. Andere ließen sich nennen. Darunter die außenpolitischen Aktivitäten des neuen Parteivorsitzenden während und nach der Krise in der Sowjetunion, seine behutsamen Signale einer stärkeren Hinwendung der Partei zu den radikaleren Reformern und Bürgerbewegungen im Osten Europas.

Natürlich hat es auch gekracht in der SPD. Erst noch einmal kurz in der Debatte um Blauhelm-Einsätze, später und intensiver beim Streit um die Mehrwertsteuer, wo sich Sozialdemokraten aus Bund und Ländern in altgewohnter Stimmen-Vielfalt vernehmen ließen. Und die Asyl-Debatte veranschaulicht das Dilemma einer großen Volkspartei, den Konflikt unter Moralisten und Pragmatikern bei einem Thema, das unerhörten Zündstoff birgt. Vergessen wir aber nicht: Es wirbelt die anderen Parteien genauso durcheinander. Und die Kluft zwischen CDU/CSU und FDP in dieser Frage ist fast unüberbrückbar - ebenso wie bei der Reform des Paragraphen 218, wo im Lager der Union die Phalanx der Ewig-Gestrigen frohe Urstände feiert, während die SPD ihren Entwurf unter konsequenter Beachtung des Mottos "Hilfe statt Strafe" auf den Tisch gelegt hat.

Neunmalkluger glauben, alle drei Tage die Frage "Wo ist Engholm?" neu erfinden zu müssen. Offenbar hat es etwas unerhört Exotisches an sich, wenn jemand im fernen Kiel seine Arbeit als Ministerpräsident tut. In geheuchelter Anteilnahme wird gerätselt, ob der Parteivorsitzende mit seinen beiden Aufgaben nicht überlastet sei. Merkwürdig: kaum einer sorgt sich um Helmut Kohl, der das Joch des Kanzlers und des CDU-Vorsitzenden tragen muß. An der Spitze einer aus den Fugen geratenen, personell und programmatisch verarmten Partei. Als im Konrad-Adenauer-Haus im Streit der Ost-CDU mit Ruhe die Fetzen flogen: Wo blieb Kohl?

Aber vielleicht hat die kritische Öffentlichkeit die CDU als einheitliche Organisation schon abgehakt.

(-/5. September 1991/rs/ks)

**Kettenfreiheit für Elefanten**  
**Zur Quälerei der Dickhäuter in Zirkusarenen**

Von Dr. Peter Paul Gantzer MdL

Die Haltung von Zirkuselefanten an Ketten sowie Dressuren wie Kopfstand und Stehen auf zwei Beinen sind wider die Natur der Tiere und damit massive Tierquälerei. Sie führen zu psychischen Schädigungen und Krankheiten, die sich beispielsweise in den ständigen Schaukelbewegungen ausdrücken. In einem Brief an den für Tierschutz zuständigen bayerischen Innenstaatssekretär Beckstein habe ich mich dafür eingesetzt, daß die Lebensumstände der Elefanten erträglich gestaltet werden. Man wird aber auch darüber nachdenken müssen, ob der Auftritt von Elefanten im Zirkus nicht ganz verboten werden muß.

Die Meldungen über "Unfälle" von Zirkuselefanten gehen immer wieder durch die Presse. So mußte erst vor 14 Tagen die Berufsfeuerwehr im Zirkus Krone eine Elefantenkuh auf die Beine stellen, weil diese durch eine Darmerkrankung so geschwächt war, daß sie im Stall umfiel und nicht mehr von selbst hochkam. Diese Meldungen sind aber nur die Spitze des "Elefantenberges".

Ich gehe davon aus, daß viele Menschen zumindest in Filmen das Verhalten von Elefanten beobachten konnten. Es handelt sich um Wildtiere, die in der Savanne oder in Wäldern in ihrem natürlichen Lebensraum aufwachsen. Das gemeinsame Bad und das Spiel miteinander gehören dazu. Der Elefant im Zirkus steht dazu im jähen Gegensatz: Er wird in Ketten gehalten. Wenn man in der Pause einer Vorstellung im Zirkus Krone die Elefanten besucht, stehen diese nebeneinander aufgereiht auf engstem Raum beieinander - gefesselt mit schweren Eisenketten. Sie werden gehalten wie Galeerensklaven.

Ich kann mich nicht erinnern, andere Zirkustiere in einer derartigen Art und Weise gefesselt gesehen zu haben. Die anderen Tiere im Zirkus können sich wenigstens in einem - wenn auch sehr bescheidenen Maße - frei bewegen. Den Elefanten ist das unmöglich. Das gilt vor allem auch nachts, wenn sie sich auf Grund ihrer Fesselung nicht einmal ausreichend hinlegen können, um zu schlafen.

Ich weiß zwar, daß es "Leitlinien für die Haltung, Ausbildung und Nutzung von Tieren in Zirkusbetrieben oder ähnlichen Einrichtungen" gibt. In diesen "Leitlinien" ist aber über die Zulässigkeit der Fesselung von Elefanten nichts enthalten. Die Fesselung der Elefanten kann daher nur als Tierquälerei bezeichnet werden.

Ähnliches gilt für die Dressur von Elefanten. Nach den Vorschriften dürfen die Elefanten nicht gezwungen werden, Verhaltensweisen zu zeigen, die nicht arttypisch sind. Die aus dem Zirkus bekannten Elefantenkunststücke habe ich in der freien Natur nie gesehen: Der Kopfstand zum Beispiel oder das Stehen auf zwei Beinen sind völlig untypisch für einen Elefanten. Solche Verhaltensweisen werden durch entsprechende Quälereien mit Schlägen, Haken und ähnlichen Werkzeugen herbeigeführt.

Diese Dressuren und die Kettenhaltung führen dazu, daß die Elefanten psychisch geschädigt und krank sind. Äußerlich ist das für jeden Besucher bereits an den zuständigen Schaukelbewegungen der Elefanten zu erkennen - ein Syndrom, das man sonst nur in den geschlossenen Abteilungen von psychiatrischen Kliniken beobachten kann.

Wenn ein Zirkus meint, als Statussymbol Elefanten auftreten lassen zu müssen, so muß man zumindest sicherstellen, daß die Lebensumstände dieser Elefanten erträglich sind. Das kann man derzeit nicht behaupten. Ich bat daher, nicht nur in Bayern für Abhilfe zu sorgen, sondern auf Bundesebene die vorerwähnten Leitlinien entsprechend ergänzen zu lassen. Darüber hinaus wird man nachdenken müssen, ob der Auftritt von Elefanten im Zirkus nicht ganz verboten werden muß.

(-/5. September 1991/rs/ks)

## **DOKUMENTATION**

### **Entsolidarisierung zwischen Gesunden und Kranken, Alten und Jungen**

Die Arbeiterwohlfahrt hat eine kritische Zwischenbilanz des vor zweieinhalb Jahren in Kraft getretenen Gesundheitsreformgesetzes (GRG) vorgenommen, die wir im Wortlaut dokumentieren.

Am 1. Januar 1989 trat das sogenannte Gesundheitsreformgesetz (GRG) in Kraft. Zwischenzeitlich wurden die Leistungen für Schwerpflegebedürftige stufenweise eingeführt, die Umsetzungsmaßnahmen bei den Festbetragsregelungen für Arzneimittel befinden sich in der letzten Phase. Insgesamt liegen inzwischen ausreichend Erfahrungen und Hinweise über die Auswirkungen des Gesetzes vor. Angesichts der zwischenzeitlich wieder eingetretenen steigenden Tendenz bei der Ausgabenentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung und angesichts der immer noch ausstehenden Organisationsreform gilt es, im Rahmen einer kritischen Bilanz, den durch das GRG eingeschlagenen Reformweg zu hinterfragen.

Als Zielsetzung des Gesundheitsreformgesetzes wurde im Gesetzentwurf der Bundesregierung die Kostendämpfung und Beitragssatzstabilität deutlich betont. Notwendige strukturelle Veränderungen sollten mit diesem Gesetz zwar nicht erreicht, jedoch eingeleitet werden. Der beabsichtigte Einspareffekt sollte also außerhalb struktureller Veränderungen durch umfangreiche Leistungseinschränkungen und Kürzungen erreicht werden, so zum Beispiel: Wegfall des Sterbegeldes - Verringerung der Zuschüsse bei Kuren - Erhöhung der Beteiligung bei Fahrtkosten - Einführung beträchtlicher Selbstbeteiligungen bei zahntechnischen Leistungen und Arzneimittel - Ausschluß bestimmter Arznei-, Heil- und Hilfsmittel u.a.m.

Die sogenannte Reform wurde unter das Leitmotiv "Solidarität neu bestimmen" und "Eigenverantwortung stärken" gestellt. Tatsächlich jedoch wurde mit dem beträchtlichen Ausbau der Selbstbeteiligung, die einseitig vor allem chronisch kranke Menschen betrifft, eklatant gegen das Solidaritätsprinzip verstoßen. Auf diesen kleinen Personenkreis konzentrieren und massieren sich letztlich die Selbstbeteiligungen. Entsolidarisierung bewirkt auch die Prämisse "Beitragssatzstabilität", wenn die Arbeitgeber zunehmend aus der Beteiligung an den Krankheitskosten entlassen werden, während die Versicherten über Selbstbeteiligungen einseitig und zusätzliche Beiträge zu leisten haben. Zudem werden Versicherte mit niedrigeren Einkommen relativ sehr viel stärker belastet als die mit höheren Einkommen.

"Eigenverantwortung stärken" kann nur als weiterer Schritt zur Privatisierung des Krankheitsrisikos verstanden werden. Immerhin haben sich die Belastungen der einzelnen Versicherten durch Selbstbeteiligung und Leistungsausgrenzungen seit 1980 nahezu verdreifacht (1980: 3,1 Prozent, 1990: rund 8,7 Prozent; Quelle: WIdO = Wissenschaftliches Institut der Ortskrankenkassen).

### **Arzneimittelreform weit verfehlt**

Als Schwerpunkte der sogenannten Reform wurden unter anderem angekündigt die Eindämmung der Arzneimittelkosten mit Hilfe eines Festbetragsystems, der Ausbau der Gesundheitsvorsorge und Prävention sowie der Abbau bestehender Versorgungsdefizite bei der sozialen Absicherung der Pflegebedürftigkeit.

Bei der Arzneimittelreform wird das Ziel, über 80 Prozent des Arzneimittelmarktes in einer Festbetragsregelung zu erfassen, bei weitem verfehlt werden. Derzeit zeichnet sich ab, daß nicht einmal die Hälfte des Arzneimittelmarktes in Festbeträge gefaßt wird. Somit wird der erhoffte Einspareffekt ausbleiben. Dagegen wird jedoch ab 1992 eine 15prozentige Selbstbeteiligung für die verbleibenden 50 bis 70 Prozent des Arzneimittelmarktes greifen. Das heißt: Die Belastungen der Kostendämpfungsmaßnahme "GRG" verschieben sich zunehmend auf die Betroffenen, währenddessen die Pharma-Unternehmen ihren Belastungsanteil nicht nur deutlich niedrig halten konnten, sondern noch zusätzlich einen großen Spielraum für die Kostenkompensation bei den festbetragsfreien Arzneimitteln erhalten.

Einsparungen der Patienten durch den Wegfall der Rezeptgebühr für die festbetragsgeregelten Arzneimittel werden durch Verteuerungen der übrigen Arzneimittel und die hohe Selbstbeteiligung ab 1992 bei weitem wieder aufgezehrt. Modelrechnungen des Wido ergeben sogar eine nahezu Verdopplung der Zuzahlungen für Arzneimittel durch die Versicherten, wenn die 15prozentige Zuzahlung eingeführt würde. Der Solidarbeitrag der Pharmaindustrie in Höhe von zwei Milliarden DM, den der Arbeitsminister angekündigt hat, findet nicht statt. Die Versicherten und hier vor allem alte und chronisch kranke Menschen - 50 Prozent aller verordneten Arzneimittel gehen an über 60jährige Menschen - tragen die Hauptlasten.

Die von Arbeits- und Sozialminister als "politisches Signal" bezeichnete Einführung der Leistungen für Schwerpflegebedürftige in die gesetzliche Krankenversicherung haben ihre Signalfunktion nicht erfüllt. Weder ist ein entsprechendes Einsparvolumen erreicht worden, denn die Einführung der Pflegeleistungen stand unter Finanzierungsvorbehalt, noch sind die Leistungen für Schwerpflegebedürftige bezüglich der engen Begrenzung des Personenkreises und des sehr eingeschränkten Leistungsumfanges ausreichend, um dem Bedarf an Pflege für drei Millionen Pflegebedürftige in Gesamtdeutschland auch nur annähernd zu entsprechen. Zudem leidet das Gesundheitsreformgesetz in dieser Frage an einem folgenreichen Konstruktionsfehler, denn die meisten Kommunen rechnen diese Leistungen auf die Pflegehilfe der Sozialhilfe an. Für diese Betroffenen hat das GRG nur mehr Bürokratie gebracht, aber keinen Entlastungseffekt.

Die (in der Regierungskoalition) heftig umstrittene Absicht des Sozialministers, nun im Rahmen einer sozialen Pflegeversicherung eine umfassende Absicherung des Risikos der Pflegebedürftigkeit noch in dieser Legislaturperiode einzuführen, wird daher ausdrücklich begrüßt und unterstützt.

#### Lücken im präventiven Ansatz

Die als vorrangige Aufgabe des Gesundheitsreformgesetzes angekündigte Verstärkung der präventiven Maßnahmen in der gesetzlichen Krankenversicherung findet keinen Niederschlag in den Einzelbestimmungen des Gesetzes. In vielen Vorschriften wird nur die bereits bestehende Praxis der Krankenkassen auf eine gesetzliche Grundlage gestellt. Ein sinnvoller Präventionsansatz, die Gruppenprophylaxe gegenüber Zahnerkrankungen, wurde durch die enge Begrenzung der Altersgruppe auf Intervention des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte in seiner Wirksamkeit erheblich eingeschränkt. Die Möglichkeiten zu Gesundheitschecks und zur Individualprophylaxe gegenüber Zahnerkrankungen werden von Gesundheitsexperten als ineffektive Präventionsinstrumente erkannt, die allenfalls zu Mitnahmeeffekten der Anbieter führen. Der präventive Gedanke des GRG muß vor allem hinterfragt werden angesichts der Erhöhung von Selbstbeteiligung bei Kuren, der Verschlechterung bei der Fahrgeldregelung, dem Ausschluß psychosozialer Leistungen - diese Maßnahmen wirken letztlich präventiv kontraproduktiv.

Die Lückenhaftigkeit des präventiven Ansatzes zeigt sich auch darin, daß ursachenorientierte Verhältnisprävention weitgehend ausgeklammert wird. Zwar sollen Krankenkassen auf die Beseitigung von Gesundheitsgefahren hinwirken, doch notwendige Instrumente, wie Gesundheitsverträglichkeitsprüfungen, Gesundheitsberichterstattung oder die Mitwirkung beim Arbeitsschutz sind im Gesetz nicht vorgesehen. Statt dessen bognügt sich der Gesetzgeber mit diffusen Kann-Bestimmungen.

Auch ein Blick auf die Ausgabenplanungen zum GRG zeigt, daß der Einstieg in eine präventive Orientierung im Gesundheitswesen nicht wirklich beabsichtigt war. Von den 6,5 Milliarden DM für zusätzliche Aufgaben sind zwar 1,5 Milliarden für den Präventionsbereich vorgesehen, dabei wurde jedoch der größte Teil der Ausgaben für die Bonuszahlungen beim Zahnersatz veranschlagt - damit wird der größte Teil des zusätzlichen Ausgabevolumens für Prävention letztlich über die erhebliche Selbstbeteiligung beim Zahnersatz von den Versicherten selbst aufgebracht. Der größte Teil dieser 1,5 Milliarden DM ist damit überhaupt nicht verfügbar, sondern nur Umverteilungsmasse.

Anspruch und Wirklichkeit des Gesundheitsreformgesetzes klaffen weit auseinander. Solidarität wird nicht gestärkt, vielmehr findet eine Entsolidarisierung zwischen Kranken und Gesunden, zwischen Alten und Jungen sowie zwischen gesunden Versicherten und Patienten statt. Das GRG stellt den Versuch dar, die zunehmende Verteuerung des Gesundheitswesens mittels eines Kostendämpfungsgesetzes zu bremsen. Dieser Verteuerung liegen jedoch Strukturprinzipien der Angebotsorientierung durch Leistungserbringer zugrunde und damit ein auf Einkommensmaximierung hin orientiertes Anbieterverhalten. Hier müssen wahre Reformen ansetzen.

#### Erneut nur Herumkurieren an Symptomen

Auch die inzwischen angestrebte "Reform der Gesundheitsreform", die insbesondere die dramatischen Folgen für die Patienten im Arzneimittelsektor abmildern soll, stellt nur ein Herumkurieren an Symptomen, aber keine an den Ursachen ansetzende Maßnahme dar. Letztlich wird eine sinnvolle Steuerung für die Arzneimittelversorgung nur über eine Positivliste, die eine Auflistung therapeutisch nützlicher und gleichzeitig kostengünstiger Medikamente enthält, zu erreichen sein.

Die Arbeiterwohlfahrt fordert daher wirkliche Reformen im Gesundheitswesen, die ansetzen an den Kostenausweitung verursachenden Strukturen, die von Anbieterinteressen dominiert werden. Ziel muß sein, die Orientierung an gesundheitspolitischen Zielen und Prioritäten, nicht an Gewinnmaximierung der Angebotsseite. Das heißt im Kern:

- Der Zugang zu den notwendigen Leistungen der sozialen Krankenversicherung ist den Versicherten zu garantieren, er darf nicht durch Selbstbeteiligungsregelungen erschwert werden. Selbstbeteiligungsregelungen verstoßen eklatant gegen das Solidaritätsprinzip.
- Das Arzneimittelangebot muß über Positivlisten begrenzt und transparent gemacht werden. Den Verkaufs- und Werbestrategien der Pharmaindustrie ist hiermit eine wirksame Qualitätssicherung für eine effektive und sichere Arzneimitteltherapie entgegenzusetzen.
- Eine umfassende Absicherung gegen das Risiko der Pflegebedürftigkeit ist für alle Bürger zu schaffen. Die Arbeiterwohlfahrt begrüßt, daß Ihre Vorschläge einer sozialen Pflegeversicherung von 1976 nunmehr aufgegriffen wurden. Die soziale Pflegeversicherung muß jetzt realisiert werden.
- Die Krankenkassen benötigen wirksame Instrumente und Handlungsmöglichkeiten zur Erfüllung präventiver Aufgaben, wie Klagebefugnisse im Rahmen von Gesundheitsverträglichkeitsprüfungen und die obligatorische Einbindung bei der Stadtplanung und im Arbeitsschutz. Dabei sind Maßnahmen gegenüber gesundheitsriskanten Verhalten und gegenüber gesundheitsriskanten Verhältnissen gleichermaßen zu sehen. Grundlage für präventives Handeln muß sein eine regelmäßige kommunale Gesundheitsberichterstattung.

(-/5. September 1991/rs/ks)

\*\*\*\*\*